

Dem Bericht der Kohlekommission einzufügen: Sondervotum der Kommissionsmitglieder Martin Kaiser, Greenpeace, Kai Niebert, DNR, Hubert Weiger, BUND und Antje Grothus vor der abschließenden Abstimmung über den Kommissionsbericht:

Die unterzeichnenden Kommissionsmitglieder tragen den im Kommissionsergebnis gefundenen Kompromiss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung mit, um den klimapolitischen Stillstand Deutschlands der letzten Jahre zu durchbrechen. Das Ergebnis bedeutet die kurzfristige stetige Abschaltung in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 von über einem Viertel der installierten Kohlekraftwerkskapazität.

Die unterzeichnenden Mitglieder haben zu Beginn der Kommissionsarbeit festgehalten, dass ein klimaphysikalisch tragfähiger Ausstiegspfad Leitlinie ihrer Mitarbeit ist. Wir stellen fest, dass weder das anvisierte Ausstiegsdatum 2038 noch der unkonkrete Pfad bis 2030 ausreichend sind, um einen angemessenen Beitrag des Energiesektors zum Klimaschutz zu leisten. Beides können wir entsprechend nicht mittragen.

Sowohl der nicht konkretisierte Pfad ab 2023 als auch das zu späte Ausstiegsdatum verhindern über die Jahre eine kumulierte CO₂-Reduktion des Energiesektors, die mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar wäre. Im Gegenteil sind kumulierenden CO₂-Emissionen in der Atmosphäre viel zu hoch, als dass Deutschland seinen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2 Grad, geschweige denn 1,5 Grad leisten könnte. Damit hat die Kommission eine große Chance verpasst, ambitionierten Klimaschutz mit einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung und Wirtschaftsentwicklung zu vereinen.

Eine klare Beschreibung des stetig zu gestaltenden Ausstiegspfad von 2023–2029 ist dringend notwendig. Er kann und muss zu einem späteren Zeitpunkt von der Bundesregierung entlang der im Kommissionsbericht festgeschriebenen Stetigkeit für die Abschaltungen festgelegt werden. Wir stimmen mit diesem Minderheitenvotum gegen das Fehlen weiterer konkreter Jahresschritte im Zeitraum 2023–2030 und werden uns zu einem späteren Zeitpunkt dafür einsetzen, diese Lücke zu schließen. Auch ist das zu späte Ausstiegsdatum aus klimapolitischer Sicht für uns nicht tragbar. Im Sinne des Klimaschutzes notwendig wäre ein Ausstieg bis 2030.

Trotz dieses Sondervotum gegen die beiden genannten Punkte tragen wir das Gesamtergebnis mit, da zum einen ein klarer Einstieg in den Ausstieg bis 2022 mit konkretem Handlungsauftrag an die Bundesregierung für die Abschaltung von Kohlekraftwerken zwischen 2019 und 2022 sowie der Erhalt des Hambacher Waldes ausgehandelt wurde. Zum anderen werden die geplanten Strukturmaßnahmen und der geplante Ausbau der erneuerbaren Energien schon in wenigen Jahren die Diskussion verändern.